

EP-FK-3 EP-FK- B – Was Gerechtigkeit schützt

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 11.09.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Änderungsanträge

Text

1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie und zunehmende
2 Wetterextreme haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen
3 gestellt. Familien und Rentner*innen mussten wegen der gestiegenen
4 Lebenshaltungskosten schmerzhaft Einschnitte hinnehmen. Für viele
5 Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Und
6 bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene
7 Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.

8 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich
9 ist, wenn wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

10 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und
11 Zusammenhalt. Europa bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den
12 Lebensstandard von Millionen von Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit
13 gebracht. Wir sind überzeugt: Die Menschen in Europa müssen sich gerade in
14 Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können, der wirksam vor
15 Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

16 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte
17 grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU
18 kann zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten
19 Wohlstand überhaupt erst ermöglichen. Ein Wohlstand, der bei denen ankommen
20 muss, die ihn erarbeiten. Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die
21 Infrastruktur für klimaneutrales Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung,
22 erhalten und schaffen gute Jobs für Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und
23 soziale Infrastruktur gehen Hand in Hand und bedingen einander.

24 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den
25 Schutz jeder und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es
26 schützt die Rechte der Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung. Es reduziert
27 Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der Bürger*innen auf wirksame Medikamente
28 und den Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung. Es sorgt dafür, dass
29 Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei, dass
30 Familien besser abgesichert sind und Kinder eine gute Zukunft haben.

31 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale
32 Union, die sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von
33 einem Leben in Würde und Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von
34 gleichen Chancen und einem Auskommen ohne Armut, Ausgrenzung oder
35 Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein Gerechtigkeitsversprechen an die
36 Breite der Gesellschaft.

37 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst
38 wird. Dafür wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen
39 die Bedingungen dafür verbessern, dass alle Europäer*innen noch einfacher und

40 sicherer überall in der Union leben und arbeiten können. So wird soziale
41 Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

42 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne
43 und starke Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren
44 letztlich alle in der EU, egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So
45 ergänzt die soziale Infrastruktur die wirtschaftliche; so erfüllen wir den
46 europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion für alle; so schaffen wir
47 Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare Mindeststandards
48 beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung wirksam vor.

49 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt
50 und vor Ort einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische
51 Souveränität sprechen, dann geht es uns auch um die Ausgestaltung und die
52 Verteidigung des europäischen Sozialmodells, das sich in einer globalisierten
53 Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle Sicherheit, gute Arbeit und
54 hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die Herausforderung der
55 Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische Wandel die
56 Arbeitswelt verändern.

57 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales
58 Europa angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten
59 sozialen Politik. Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben.
60 Wir wollen rechtsverbindliche und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards
61 daraus ableiten. Auch wenn der Sozialstaat institutionell in erster Linie in den
62 Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen
63 haltmachen.

64 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen,
65 das solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das
66 gerechte Europa ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im
67 Großraum Mailand, in der Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte
68 Europa bietet Zugang zu fair bezahlter Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen,
69 zu guter Bildung und intakter Natur.

70 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es
71 bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale
72 Gerechtigkeit, die Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt
73 zwischen den Generationen, Familien und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist
74 es im Gründungsvertrag der EU angelegt. Für diese Gerechtigkeit streiten wir.
75 Dieses Europa wollen wir sein.

76 **1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit**

77 Faire Löhne erreichen

78 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen
79 Mitsprache gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und
80 Rückhalt. Wer von seiner Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv
81 mitgestalten kann, kann sich auch bei Veränderungen einbringen. Das stärkt auch
82 die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz Europa gestalten und prekäre
83 Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke Sozialpartnerschaft und

84 eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für gute
85 Arbeit.

86 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie
87 schützt Wert und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen
88 Beschäftigte in Europa künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die
89 Bundesregierung auch auf unsere Initiative mit der deutlichen Erhöhung des
90 gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat. Die Richtlinie verpflichtet die
91 Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren Kriterien festzulegen
92 und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir wollen, dass die
93 Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird, sodass der
94 gesetzliche Mindestlohn steigt und auch in Zukunft einen effektiven
95 Mindestschutz für Beschäftigte bietet. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie
96 die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer
97 tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan
98 vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit Gerechtigkeit in
99 der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von
100 Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die
101 Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein
102 wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit
103 Arbeit sich immer lohnt.

104 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend
105 ausbauen, indem wir die Europäischen Betriebsräte stärken. Bereits seit Jahren
106 fordern wir an der Seite der Gewerkschaften, dass die EU-Kommission endlich die
107 bestehende Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten überarbeitet und
108 Ausnahmeregelungen beendet. Dabei wollen wir die Rechtssicherheit, den Rechtszugang
109 und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische Betriebsräte verbessern. Um
110 Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-Unternehmen in die Richtlinie
111 einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere Vertretung von Frauen
112 sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen Betriebsräten
113 ein. Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine
114 neue Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von
115 Arbeitnehmer*innen ein, die auf die verschiedenen europäischen
116 Gesellschaftsformen von Unternehmen abgestimmt ist.

117 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in
118 einer sich rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele
119 Beschäftigte mit ständiger Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress
120 einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der Arbeitnehmer*innen vor psychischen
121 und körperlichen Belastungen voranbringen.

122 Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken

123 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen
124 entstehen neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne,
125 Arbeiten wird flexibler, beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Ausbeutung
126 darf auch in der digitalen Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen
127 wir uns für starke Rechte von Arbeitnehmer*innen im digitalen Zeitalter ein.

128 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale
129 Dienste anbieten und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Die EU-
130 Kommission schätzt, dass 4 Millionen davon Scheinselbstständige sind. In der

131 laufenden europäischen Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen auf digitalen
132 Plattformen setzen wir uns dafür ein, Scheinselbstständigkeiten, die zu
133 schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender sozialer Absicherung führen,
134 europaweit einen Riegel vorzuschieben. Es braucht zudem bessere Möglichkeiten,
135 die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem Arbeitsinspektionen
136 stärken.

137 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und
138 Arbeitnehmer*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch
139 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische
140 Management. Die ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher
141 Planungssicherheit im Alltag und der übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem
142 Einsatz einhergehen können, wollen wir beenden. Um die Rechte der
143 Arbeitnehmer*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir uns für
144 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

145 Freizügigkeit einfacher machen

146 Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein
147 Grundprinzip der EU. Das eröffnet Freiheiten und fördert gleiche Chancen für
148 alle in der EU. Damit das für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen
149 wir uns für eine bessere Koordinierung der nationalen Sozialversicherungssysteme
150 ein.

151 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger*innen der EU
152 Sozialversicherungsansprüche, die sie in einem anderen EU-Land erworben haben,
153 über die Grenzen mitnehmen können (Portabilität). Doch die Realität löst dieses
154 Versprechen noch nicht immer ein: Die Unterschiede der nationalen
155 Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die Handhabung kompliziert,
156 und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen deshalb mehr
157 Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen, um soziale
158 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können
159 und die bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen.

160 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Rentner*innen oder Menschen mit
161 chronischen Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt
162 werden. Ein Europäischer Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag
163 dazu. Er soll die Übertragbarkeit von Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern
164 und durch digitale Überprüfung entbürokratisieren. Wir wollen darüber hinaus die
165 sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales Echtzeitregister ersetzen, um
166 grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern und einen wirksamen
167 Sozialschutz zu gewährleisten.

168 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele
169 Beschäftigte zum Alltag und wird spätestens seitdem von mehr und mehr
170 Arbeitnehmer*innen geschätzt. Wir wollen, dass auch das mobile Arbeiten nicht an
171 den europäischen Grenzen haltmacht, sondern prinzipiell auch aus einem anderen
172 Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein,
173 dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im
174 Homeoffice zu arbeiten.

175 Ausbeutung bekämpfen

176 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist darüber hinaus
177 ein wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin
178 aus Österreich in Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in
179 Rumänien: Unionsbürger*innen und Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden
180 Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung, wenn sie in einem anderen EU-Land
181 arbeiten.

182 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, bei Lkw-
183 Fernfahrer*innen, bei Saisonarbeiter*innen oder im Baugewerbe deutlich vor
184 Augen. Wir sagen diesen Formen der Ausbeutung den Kampf an. Ein wirksames Mittel
185 sind regelmäßig stattfindende Arbeitsinspektionen, für die die Mitgliedstaaten
186 das Personal aufstocken sowie Schulungen in europäischer Gesetzgebung und
187 grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern sollten. Auch eine bessere
188 Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen
189 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für
190 gemeinsame koordinierte Inspektionen erhalten.

191 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von
192 Subunternehmen zu unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung
193 rechtlich verankern. Immer wieder werden Arbeiter*innen zu katastrophalen
194 Bedingungen untergebracht, in überfüllten Zimmern, unter schlechten hygienischen
195 Bedingungen und mit überteuerter Miete, die direkt vom Lohn einbehalten wird.
196 Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen wir deshalb rechtlich
197 absichern und wirksam durchsetzen.

198 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich
199 Betroffene einfach und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren
200 können – und für deren Durchsetzung Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine
201 langfristige und verlässliche Finanzierung für die Schaffung und europaweite
202 Vernetzung entsprechender Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ein. Die
203 Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in der
204 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische
205 Zahlungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von
206 Arbeitsnormen in der Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte
207 soziale Konditionalität muss nun effektiv umgesetzt werden.

208 Kinderarmut abbauen

209 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das
210 entspricht fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung
211 und Kultur nur sehr eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet
212 einerseits existenziellen Mangel im Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen
213 auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben in der Zukunft. Wir wollen,
214 dass alle Kinder gut ins Leben starten können. Dazu brauchen sie eine bessere
215 finanzielle Absicherung sowie den Zugang zu einer gut ausgebauten Betreuung und
216 sozialen Infrastruktur. Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung auf
217 unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen
218 Kinderarmut auf den Weg gebracht. Armutgefährdeten Kindern wird es besser
219 gehen, Armut nicht mehr versteckt sein und Eltern sorgen- und angstfreier leben
220 können, weil sie und ihre Kinder abgesichert sind.

221 Auch die EU unterstützt die Mitgliedstaaten im Kampf gegen Kinderarmut. Mit der
222 Europäischen Kindergarantie gibt es seit 2021 erstmals ein europaweites
223 Instrument, um Kinder aus benachteiligten Verhältnissen zu unterstützen; das
224 reicht vom kostenlosen Zugang zu Bildung über gesunde Ernährung bis hin zu
225 angemessener Unterbringung. Bei der Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland
226 binden wir auch die Zivilgesellschaft aktiv ein.

227 Soziale Mindeststandards verankern

228 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.
229 Hohe Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil
230 existenziell verschärft. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf
231 starke Sozialsysteme verlassen können, die sie vor Armut schützen. Dafür
232 brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche Mindeststandards.

233 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene
234 Mindestsicherungssysteme zu einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und
235 die darin festgelegten Standards mit einem sozialen Rechtsanspruch für
236 Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden. In diesem Zuge sollen alle
237 Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem jeweiligen
238 Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit
239 fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für
240 Deutschland Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale
241 Gerechtigkeit.

242 Soziale Sicherung krisenfest machen

243 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge
244 gegen wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine
245 zentrale Lehre aus den Krisen der letzten Jahre sein. Die Sozialsysteme der
246 Mitgliedstaaten müssen krisenfest gemacht werden und in Notlagen schnellen und
247 wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen. Krisenbedingte
248 Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber
249 überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze
250 EU. Mit dem europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten
251 während der Coronapandemie finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um
252 Arbeitsplätze durch den Einsatz von Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer
253 Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im Jahr 2020 in Europa schätzungsweise
254 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf dieser Erfahrung wollen wir
255 mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein dauerhaftes
256 Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und
257 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen
258 Ausnahmesituationen durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und
259 Arbeitsplätze sichert.

260 Wohnen bezahlbar machen

261 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Es muss als Teil der
262 Daseinsvorsorge verstanden werden. In gesicherten Wohnverhältnissen zu leben,
263 ist für alle Menschen existenziell. Knapper Wohnraum in den Städten, vielerorts
264 steigende Mieten und ein rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten

265 Mieter*innen bis in die Mitte der Gesellschaft und führen zu Verdrängung und
266 Unsicherheit. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und steigende Mieten
267 begrenzen. Investor*innen, die europaweit im erheblichen Umfang städtische
268 Wohnimmobilien aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und Mietpreise in die
269 Höhe. Wir wollen die bestehenden europäischen Regelungen den Prüfstand stellen,
270 um Mieter*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu
271 schützen.

272 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den
273 extremsten Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das Ziel gesetzt,
274 Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beenden und eine Europäische Plattform zur
275 Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins Leben gerufen. Der Dialog zwischen den
276 Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden, damit sie voneinander lernen können
277 und bewährte Konzepte wie Housing First adaptieren können. Ferner wollen wir die
278 Unterstützung der betroffenen Menschen vor Ort stärken. Die europäischen
279 Fördermittel für entsprechende Vorhaben und Projekte wollen wir angemessen
280 ausgestalten.

281 **2. Starke Regionen**

282 Kommunen stärken

283 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen
284 und Kommunen. Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die
285 Menschen. Starke Kommunen florieren in einem starken Europa, das kommunalen
286 Bedürfnissen und der kommunalen Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung
287 beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also Entscheidungen möglichst bürgernah zu
288 treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das schützt und ermöglicht. Dieses
289 Prinzip wollen wir stärken.

290 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken
291 soll, wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das
292 Alltagsleben der Bürger*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden
293 Kinder betreut und das Ehrenamt gepflegt. Kommunen bieten die Basis unseres
294 gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit einer funktionierenden Grundversorgung
295 auch attraktive Standorte für Unternehmen und Arbeitnehmer*innen aus ganz
296 Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf nicht dazu führen, dass
297 Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden. Es braucht
298 deshalb gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische
299 Kriterien in den Mittelpunkt stellt – und dabei die öffentliche Hand stärkt. Es
300 fördert die Rechtssicherheit und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ
301 hochwertige Angebote zu entscheiden. So können Kommunen selbst die Wertschöpfung
302 aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Indem wir in der EU die
303 Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue
304 Entscheidungsspielräume vor Ort. Eine EU, die die kommunalen
305 Gestaltungsspielräume verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und
306 sozialen Zusammenhalt.

307 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine
308 existenzielle Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den
309 Erfolg der Bürgerinitiative Right2Water die weltweit höchsten Standards für

310 Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser soll weiterhin in kommunaler Hand
311 bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen Interessen bestimmt werden.
312 Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus der
313 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

314 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die
315 Zivilgesellschaft brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer
316 Politik. Deshalb wollen wir den Europäischen Ausschuss der Regionen und den
317 Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende
318 europäische Zusammenarbeit wie die Städtepartnerschaften oder Initiativen zur
319 Stärkung der grenzüberschreitenden regionalen Wettbewerbsfähigkeit (INTERREG-
320 Programme) stärken die Kommunen und Regionen. Sie wollen wir ausweiten. Die
321 Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll
322 entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit
323 grenzüberschreitenden Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler*innen,
324 der Zusammenarbeit der Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung
325 maßgeblich und nah am Alltag der Bürger*innen zum Gelingen der Europäischen
326 Union bei.

327 Zusammenhalt vor Ort fördern

328 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort:
329 in den europäischen Regionen und anhand konkreter Projekte. Eine effiziente
330 Förderpolitik in der EU ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen
331 und ökologischen Wandels ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und
332 soziale Annäherung der Regionen in Europa in den Vordergrund. Der Umfang der
333 Fonds und Förderprogramme soll sich in seiner Größe an den Herausforderungen
334 orientieren.

335 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese
336 Herausforderungen vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den
337 europäischen Mitgliedstaaten. Eine konsistente und an klaren Kriterien
338 ausgerichtete Förderpolitik wird bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu
339 Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und ländliche Regionen, sowie
340 Regionen mit industrieller Prägung und Modernisierungsherausforderungen, wollen
341 wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen, um gleichwertige
342 Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

343 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große
344 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen
345 Menschen und Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der
346 Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU-Förderpolitik entgegenwirken. So stärken
347 wir die Gestalter*innen der Zukunft vor Ort und schaffen gute Perspektiven für
348 die Regionen.

349 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig
350 Effizienz und Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher,
351 indem wir die Fördermittel an Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal
352 ausrichten. Der Europäische Sozialfonds (ESF+) spielt dabei eine bedeutende
353 Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche Gründer*innen und Angestellte
354 beraten, unterstützt und lebenslang weiter gebildet. Wir statten den ESF+ mit
355 ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive Beschäftigungspolitik
356 und soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die

357 Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für
358 eine gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten
359 Arbeits- und Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und
360 Weiterbildungen wahrzunehmen, werden attraktive Arbeitsplätze für die
361 geförderten Regionen zum Standortvorteil.

362 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu
363 entwickeln. Die Beantragung der Mittel ist jedoch oft zu kompliziert. Das
364 reduziert die Zahl der Anträge und manche gute Projekte werden nicht
365 verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns dafür einsetzen, den Zugang zu
366 Fördermitteln zu vereinfachen und die Umsetzung zu erleichtern. Dabei stellen
367 wir die Zielgenauigkeit sicher. Gleichzeitig erhalten wir die nötige
368 Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Um
369 bürokratische Hürden abzubauen, wollen wir unter anderem bei kleineren
370 Fördersummen mehr Pauschalen einführen und ehrenamtliche Antragsteller*innen
371 nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung befreien. Bürokratieabbau
372 schafft so mehr Effizienz.

373 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger*innen und der
374 Zivilgesellschaft vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale
375 Expertise und schafft gegenseitiges Verständnis. Dieses Wissen kann durch die
376 Partnerschaft für Bürgerbeteiligung (Partnerschaftsprinzip) einfließen.
377 Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche Beratungen oder Foren sollen Teil der
378 Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein. So sichern wir
379 Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

380 Chancen in ländlichen Räumen nutzen

381 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung entscheidet
382 erheblich über den Erfolg einer EU, die zusammenhält. Die Verkehrswende kann die
383 ländlichen Räume näher zusammenbringen. Die Energiewende kann neue Wertschöpfung
384 und finanziell gestärkte Kommunen schaffen. Die Entwicklung aller ländlichen
385 Räume ist für uns ein zentrales Ziel. Alle Menschen sollen mitentscheiden und
386 davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine verlässliche Daseinsvorsorge
387 und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können. Wir wollen die
388 Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und multifunktionale
389 Einrichtungen unterstützen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze wie
390 LEADER und den EU-Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken.

391 Energie wird wieder zunehmend in der Fläche erzeugt, das schafft zusätzliche
392 Wertschöpfung auf dem Land. Den Flächenverbrauch wollen wir dabei minimieren und
393 konsequent Mehrfachnutzen mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-
394 Anlagen, Biodiversitäts-Photovoltaik oder mehr erneuerbare Stromerzeugung über
395 versiegelten Flächen. Den Ausbau der Erneuerbaren und die Modernisierung von
396 Wirtschaft und Gesellschaft werden wir durch den gezielten Einsatz von
397 Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Wir
398 setzen uns dementsprechend dafür ein, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für
399 die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in die Kohäsionsmittel zu
400 integrieren und es auszubauen.

401 Vergaberecht modernisieren

402 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung
403 des Green Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in
404 eine sichere Zukunft, auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an
405 sozialen und nachhaltigen Kriterien ausgerichteten Vergaberecht werden diese
406 Investitionen einmal mehr zum Motor für eine gerechte und zukunftsfeste EU.
407 Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische Infrastruktur, in effiziente
408 Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am Menschen ausgerichtetes
409 Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die europäische
410 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen
411 Arbeitsmarkt: Es entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs
412 sollen auch gute Jobs werden. Ein starkes Vergaberecht sichert die Zukunft
413 vieler Arbeitnehmer*innen in ganz Europa.

414 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel
415 wollen wir nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche
416 Beschaffungen sollten in der EU konsequent nachhaltig erfolgen. Daher wollen wir
417 die Richtlinie für öffentliches Beschaffungswesen modernisieren und auf
418 Nachhaltigkeitskriterien ausrichten.

419 Dabei bleiben Transparenz, Digitalisierung, Entbürokratisierung und
420 unkomplizierte Verfahren unsere Leitlinien. Jedes Unternehmen soll sich einfach
421 und erfolgreich um die Vergabe öffentlicher Aufträge bewerben können.
422 Geldverschwendung wird durch eine klare Beschaffungspolitik minimiert. Die
423 einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive Unterstützung für kleine und
424 lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die rechtlichen
425 Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher
426 Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.

427 3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung

428 Gesundheitskrisen europäisch bewältigen

429 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt.

430 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen
431 für unsere Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt,
432 dass wir ihnen gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und
433 Verfügbarkeit der Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer
434 Erfolg, der durch langjährige Forschung, innovative Unternehmen und
435 grenzüberschreitende Zusammenarbeit zustande gekommen ist. Die EU hat in der
436 Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und Impfstoffen
437 vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei Grenzsicherungen
438 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische
439 Notsituationen abgefedert. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für
440 die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den
441 Austausch mit und zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken sowie
442 Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu bewältigen.

443 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die
444 Krisenvorsorge zu stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler

445 Ebene zusammenarbeiten. Die EU hat hier eine wichtige Rolle, um nationale
446 Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen. Sie kann auch global einen wichtigen
447 Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen wir uns dafür ein, die
448 Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale Gesundheitsinitiativen
449 politisch, finanziell und personell zu stärken sowie den globalen Zugang zu
450 bezahlbaren Medikamenten zu verbessern. Das ist eine Frage der Solidarität, denn
451 Gesundheitskrisen treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in
452 unserem Eigeninteresse, denn Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir
453 setzen uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer bezüglich der
454 Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf geistiges Eigentum zur
455 Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen
456 Schutzmaterialien, Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht
457 verhindern.

458 Lehren aus der Pandemie ziehen

459 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten
460 Zeichen der Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen
461 unter den Folgen von Covid-19. Betroffene von myalgischer Enzephalomyelitis bzw.
462 dem chronischen Erschöpfungssyndrom (ME/CFS), von Post-Vac oder von Long Covid
463 finden nicht die notwendige Aufmerksamkeit, werden fehldiagnostiziert oder
464 treffen auf Vorurteile. Deshalb wollen wir auf europäischer Ebene
465 Forschungsgelder zur Diagnostik dieser Krankheitsbilder sowie zu
466 Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch,
467 beispielsweise durch ein EU-Sachverständigennetzwerk.

468 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer
469 sogenannten Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen
470 übertragen wurde. Damit unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die
471 menschliche Gesundheit nicht isoliert betrachtet werden sollte, sondern in engem
472 Zusammenhang mit der Umwelt und der Tiergesundheit steht. Deshalb ist der One-
473 Health-Ansatz ein Leitbild für unsere Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für
474 die Natur hilft im Kampf gegen Zoonosen; weniger Antibiotika in der
475 Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft und
476 weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

477 Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen

478 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig,
479 konfliktreich und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos
480 vorbeigegangen sind. Diese Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische
481 Belastung. Gerade auch bei vielen jungen Menschen haben sich psychische Probleme
482 verschärft. Im Gegensatz zur körperlichen wird der seelischen Gesundheit im
483 öffentlichen Gesundheitswesen aber oft nicht die nötige Aufmerksamkeit zuteil.
484 Das wollen wir auch mit der Unterstützung aus Europa ändern. Wir setzen uns
485 sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch dafür, die
486 bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen
487 besser zu behandeln. Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa
488 ein und wollen zusammen mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien
489 entwickeln. Da die Ursachen für mentale Gesundheitsprobleme vielfältig sind,
490 müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum setzen wir uns dafür ein,

491 dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in allen
492 relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Dafür braucht es ein größeres
493 Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser
494 Hinsicht die Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen
495 uns für eine möglichst rasche und umfassende Umsetzung ein.

496 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die
497 Betroffenen häufig ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen
498 sind davon betroffen. Die Pandemie hat die Situation für viele Menschen
499 diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit unserer Politik für mehr
500 gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und Integration ein.

501 Arzneimittelversorgung sicherstellen

502 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens:
503 alternde Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und
504 Epidemien. Die Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei
505 Arzneimitteln und ihren Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten
506 abhängig ist – und damit häufig auch eine Produktion unter schlechten
507 Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in Kauf nimmt.

508 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat
509 die EU-Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir
510 begrüßen die Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren
511 und nachhaltiger zu machen sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten,
512 Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen und diese früher zu melden.

513 Um Unternehmen zu ermutigen, Arzneimittel und Wirkstoffe in Europa zu entwickeln
514 und zu produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren.
515 Dabei setzen wir zwei Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die
516 jederzeit unentbehrlich sind, beispielsweise wichtige Antibiotika, durch eine
517 Produktion in Europa zuverlässig verfügbar sein. Zum anderen wollen wir hier
518 Wirkstoffe für Krankheiten entwickeln, für die es bislang keine oder nur
519 unbefriedigende Diagnose- oder Therapiemöglichkeiten gibt. Die Anreize für
520 Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen
521 zugleich aber nicht die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden
522 und den Markteintritt von Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir
523 uns für geschlechterspezifische Forschung und Medizin ein, damit Unterschiede
524 bei Diagnose und Behandlung zwischen Frauen und Männern besser berücksichtigt
525 werden.

526 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden.
527 Der Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt
528 teilweise zu immensen Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die
529 Arzneimittelentwicklung eingesetzt werden, sollte das mit Transparenz über die
530 Kosten für Forschung und Entwicklung sowie die Preisgestaltung einhergehen.

531 Gesundheitsdaten sicher nutzen

532 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die
533 gesundheitliche Versorgung von Patient*innen und die Forschung. Krankheiten
534 können besser diagnostiziert, Krankheitsursachen erforscht, Doppeluntersuchungen

535 vermieden und die Behandlung von Patient*innen zwischen verschiedenen Ärzt*innen
536 und Krankenhäusern grenzüberschreitend in ganz Europa vereinfacht werden. Der
537 europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb europaweit den Zugang zu digitalen
538 Patient*innen-Akten ermöglichen.

539 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz die Rechte der Patient*innen
540 stärken. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei nicht gegen den Willen der
541 Patient*innen, eine Rückverfolgbarkeit der Daten muss ausgeschlossen werden. Sie
542 sollen Zugang zu den Daten bekommen, die über sie gespeichert sind. Auch die
543 Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen umfassend berücksichtigt werden.

544
545 Wir möchten die anonymisierten bzw. pseudonymisierten Gesundheitsdaten auch für
546 die Forschung und für öffentliche Stellen zur besseren Einschätzung von
547 Notsituationen in der Gesundheitsversorgung zugänglich machen. Dies stellt einen
548 wichtigen Paradigmenwechsel in der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir
549 gestalten wollen. Der Zugang zu größeren Datenmengen und deren Analyse fördert
550 Innovationspotenzial und kann damit die Versorgung der Patient*innen verbessern.
551 Wichtig ist dabei, dass dies rechtssicher und unter Wahrung des Datenschutzes
552 erfolgen darf, denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den
553 sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt.

554
555 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen ist eine
556 einheitliche technische Sprache, um eine Zusammenführung von Daten und eine
557 grenzüberschreitende Nutzung in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die
558 Entwicklung und verpflichtende Nutzung von international gebräuchlichen
559 Datenstandards und interoperablen Schnittstellen durch die Softwaresysteme von
560 Beginn an sicherstellen.

561 Antibiotikaresistenzen eindämmen

562 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet
563 sein. Daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu
564 garantieren. Durch einen verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir
565 die Entstehung und Verbreitung multiresistenter Keime verhindern. Denn diese
566 sind eine der größten gesundheitlichen Herausforderungen der Menschheit.
567 Besonders bei Menschen mit schwachen Immunsystemen wie Älteren, Kindern oder
568 Menschen mit Erkrankungen führen sie jedes Jahr zu Hunderttausenden Todesfällen
569 weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika nur dort eingesetzt werden, wo
570 es sie wirklich braucht. Das muss besonders die Landwirtschaft in den Blick
571 nehmen. Wir wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin
572 stärken und die Forschung fördern. Zudem sollten schnelle Diagnostiktests, die vor
573 einer Verschreibung überprüfen, ob die Behandlung mit Antibiotika geboten ist,
574 in ausreichender Menge verfügbar sein.

575 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin
576 vorbehalten bleiben und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden
577 dürfen, an den entsprechenden Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir
578 den Import von tierischen Produkten beenden, bei denen in der EU verbotene
579 Antibiotika eingesetzt wurden. Durch Maßnahmen für bessere Hygiene und
580 Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von Antibiotikarückständen in die
581 Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer
582 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

583 Der Pflege den Rücken stärken

584 Ein starkes öffentliches Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege sind
585 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu
586 fördern. Der Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU
587 und auch hier in Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des
588 Pflegeberufs steigern, die berufliche Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem
589 Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals verbessern.
590 Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für Studienabschlüsse sowie für
591 Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der EU und aus dem
592 Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für wettbewerbsfähige
593 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen
594 Branchen ein. Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen sowie
595 in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres
596 Engagement der EU in Forschungs- und Modellprojekten sowie ein Wissens- und
597 Erfahrungstransfer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und
598 Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir fördern.

599 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern,
600 fordern wir eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und
601 Gesundheitsschutz bei der Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte
602 Pflegekräfte in privaten Haushalten einbezogen werden und gute
603 Arbeitsbedingungen haben.

604 Cannabis europaweit legalisieren

605 An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem unideologischen und
606 zeitgemäßen Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Wir setzen uns auch in Europa
607 für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den
608 Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel
609 effektiv bekämpft. Mit einem ersten großen Schritt bei der Legalisierung von
610 Cannabis in Deutschland macht die Ampelkoalition endlich Schluss mit der
611 gescheiterten Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte und setzt auf Vernunft statt
612 Kriminalisierung. Wir entlasten Polizei und Justiz und stärken die
613 Konsument*innen in ihrer freien bewussten Entscheidung.

614 Indem wir kontrollierte, aber legale Bezugswege für Cannabis schaffen, stärken
615 wir die Verbraucher*innen und dämpfen den Schwarzmarkt ein. Gleichzeitig stärken
616 wir Prävention und Verbraucherschutz. Das europäische und internationale Recht
617 setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir
618 streben eine europaweite Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an.
619 Deshalb werden wir uns in Europa dafür einsetzen, dass das europäische und
620 internationale Recht in Bezug auf die Produktion, den Vertrieb und Verkauf von
621 Cannabisprodukten entschärft wird.

622 4. Bildung und Chancen

623 Europas Hochschulen besser vernetzen

624 Europas Hochschulen sind die Grundlage für Chancen und Innovation. Wenn wir sie
625 vernetzen, können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für
626 den ganzen Kontinent nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung von
627 europäischen Hochschulen oder Hochschulnetzwerken eingesetzt – und begrüßen,
628 dass nach einer Pilotphase 2018 jetzt bereits zwei Ausschreibungsrunden
629 stattfinden konnten. Wir setzen uns für weitere Ausschreibungsrunden sowie eine
630 engere Zusammenarbeit der Hochschulnetzwerke ein.

631 Wir unterstützen die Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European
632 Degree). Ein European Degree kann ein zusätzliches Qualitätssiegel darstellen,
633 das binationale, trinationale bzw. europäische und internationale Abschlüsse als
634 zusätzliches Qualitätssiegel aufwertet und damit Anreize für die
635 Internationalisierung von Studiengängen schafft.

636 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche
637 in Museen, Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen
638 neue Horizonte. Viele dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an.
639 Aber gerade für Studierende aus anderen Ländern ist es oft schwierig, diese
640 Vergünstigungen mit ihren heimischen Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU
641 hat mit der European Student Card (ESC) und dem digitalen Studierendenausweis in
642 der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen europäischen
643 Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten
644 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten
645 und Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen
646 können.

647 Berufsabschlüsse europaweit anerkennen

648 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten,
649 eröffnet viele neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft
650 schwierig: Zwar haben wir mit Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein
651 vergleichbares Abschlusssystem in der EU geschaffen. Aber es ist kein
652 Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem Land in einem anderen
653 Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und Absolvent*innen
654 müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur
655 durchlaufen. Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft,
656 teils ist die Anerkennung sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass
657 Universitätsabschlüsse einfacher und schneller in jedem Land der EU anerkannt
658 werden.

659 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft
660 kompliziert, langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das
661 besonders kontraproduktiv. Für eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den
662 Europäischen Berufsausweis (EBA) in ihrem Heimatland beantragen. Mit diesem
663 elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die Qualifikation in einem
664 reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen lassen zu können. Wir
665 wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich erweitern.

666 Politische Bildung gegen Desinformation

667 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und
668 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre
669 Mittel: Desinformationen und Fake News. Sie operieren immer mehr
670 grenzüberschreitend und versuchen, den Zusammenhalt in der EU und unsere
671 europäischen Werte zu unterminieren. Ihre Verschwörungsmythen säen Hass und
672 Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und europäisch koordiniert entgegenwirken.
673 Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische Bildung gründen, einen
674 Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische Dimension von
675 Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und junge
676 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur
677 Verfügung stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen.

678 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse
679 zielgruppengerecht erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale
680 Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von Desinformation und Fake News stärken.
681 Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung auch eine Vernetzung der
682 europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach klaren
683 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir
684 unsere demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

685 Mit Erasmus Europa kennenlernen

686 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der
687 EU. Über Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der
688 akademische und berufliche Austausch ermöglicht.

689 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr
690 Menschen diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld
691 für Urlaub oder Austauschzeit im Ausland fehlt. Für viele ist es ein großer
692 Schritt, von zuhause ins Ausland zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit
693 keinen Besuch bei der Familie leisten zu können, eine Hemmschwelle. Deshalb
694 wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-Teilnehmer*innen einführen, das es
695 ihnen ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos nach Hause und zurück zu fahren.

696 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-
697 Erfahrung entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen
698 sowie Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen. Wir wollen mit
699 Großbritannien Wege finden, wie Menschen auf beiden Seiten nach dem Brexit
700 wieder vom Austausch profitieren können.

701 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das
702 Programm noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet
703 viele Möglichkeiten, neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen
704 zu sammeln. Mit besseren Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen
705 und Anerkennungen wollen wir Erasmus+ für Auszubildende stärken.

706 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die
707 Jugendarbeit. Mit Blick auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab
708 2028 werden wir uns dafür einsetzen, die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

709 5. Europas Jugend

710 Jugend beteiligen

711 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis
712 füreinander. Um dies zu ermöglichen, spielt europäische und internationale
713 Jugendarbeit eine außerordentliche Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen,
714 über den Tellerrand hinauszuschauen und europaweit Freundschaften zu schließen.
715 Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die Gestaltung von Freizeit
716 und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer Zivilgesellschaft
717 muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen
718 wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert.
719 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung
720 über Erasmus+ aus.

721 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst
722 zu Wort kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben.
723 Sie sind derzeit im politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist
724 es gut, dass jetzt in Deutschland Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der
725 Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür ein, dass dies in allen
726 Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit wird.

727 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa
728 strukturell weiter stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union
729 einen direkten Kanal für die Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf
730 europäischer Ebene geschaffen, dieser soll weiter gestärkt und bei anderen
731 Beteiligungsformaten integriert werden. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollen
732 zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen und junge
733 Menschen und ihre Interessenvertreter*innen künftig regelmäßig im Europäischen
734 Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem
735 die Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden
736 sollen. In der EU-Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische
737 Jugendpolitik gezogen. Wir wollen sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der
738 EU-Jugendstrategie die Interessen junger Menschen in allen Politikbereichen
739 stärkt. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stelle der EU-
740 Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

741 Freiwilligendienste ausbauen

742 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der
743 Zivilgesellschaft kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement
744 von jungen Europäer*innen ist elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe
745 oder, Projekte der Demokratieförderung, Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

746 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst
747 schaffen, gerade auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen.
748 Für sie müssen wir bessere Rahmenbedingungen schaffen, damit Engagement etwas
749 ist, das sich jede und jeder leisten kann. Für die Durchführung von
750 Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände und Organisationen,
751 die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der
752 Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

753 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die
754 Erfahrungen, das Wissen und das Engagement von Senior*innen in ganz Europa
755 fruchtbar machen: Viele von ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter
756 noch einsetzen wollen. Mit einem europäischen Programm wollen wir den Rahmen
757 bereitstellen, mit dem Senior*innen überall in der EU an Projekten in
758 Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten können.

759 Europa entdecken

760 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal
761 im Jahr werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen
762 sie dann in einem bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa
763 reisen können. Gemeinsam mit anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen
764 Ländern können sie entdecken, wie vielfältig Europa ist. Daher unterstützen wir
765 das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig noch ausbauen. Unser Ziel ist
766 es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse zu schaffen. Wir
767 wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen Menschen aus
768 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen,
769 dass Gruppen aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

770 6. Verbraucherschutz

771 Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen

772 Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken
773 Bürger*innen. Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen
774 im europäischen Binnenmarkt gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der
775 Verbraucherschutz sichert Konsum, Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und
776 macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin: Gebührenfreies Roaming, ein
777 nutzer*innenfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder sichere und
778 langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

779 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile
780 Endgeräte, den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche
781 europäische Standard stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert
782 Elektroabfall und erleichtert merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir
783 wollen dabei das ganze Spektrum digitaler Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader
784 oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose Ladetechnologien mit einschließen.

785 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,
786 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen
787 bessere Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien
788 ein, sodass relevante Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah
789 umfasst werden.

790 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur
791 Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und
792 Reparaturanleitungen. Ein kaputter Handyakku, Drucker oder Staubsauger müssen
793 noch lange keine Neuanschaffung bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb
794 gewonnenen Anschaffungen verlängert sich mit dem Recht auf Reparatur erheblich.

795 So werden langlebige und reparierbare Produkte die Geldbeutel der Bürger*innen
796 entlasten.

797 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur
798 Selbstverständlichkeit. Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug
799 und einfachen Gebrauchsgegenständen geht Sicherheit vor. Schadstoffe,
800 Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher Halb- oder Schwermetalle
801 kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um Sicherheit und
802 Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen
803 ein Register für Nanopartikel.

804 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der
805 Verbraucher*innen gestalten. Mit geringen Infrastrukturkosten sowie intelligent
806 aufeinander abgestimmten Mechaniken von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der
807 Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei ihnen. Wir stärken die Teilhabe von
808 Verbraucher*innen durch die einfache Integration von Wärmepumpen oder Wallboxen
809 für Elektroautos in den Strommarkt.

810 Fahrgastrechte garantieren

811 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher
812 nutzbar sein. Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten
813 geschützt werden – ganz egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb
814 wollen wir ein europaweites einheitliches Ticketsystem einführen, das Reisen mit
815 dem Zug attraktiver macht und den Planungsaufwand erheblich senkt.

816
817 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die
818 Entschädigung für Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60
819 Minuten und 75 Prozent nach 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische
820 Parlament fordert.

821 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel
822 ankommen. Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im
823 Verbraucherschutz bei Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir
824 stärken den Anspruch der Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen
825 oder Verschiebungen von Flugreisen. Ansprüche der Reisenden sollen bei einer
826 großen Verspätung ab drei Stunden in die Verordnung aufgenommen werden. Bei
827 einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information der Reisenden auf
828 vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. So stärken wir den Anspruch der
829 Verbraucher*innen auf Entschädigungen.

830 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die
831 Regelungen zur Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir
832 setzen uns für eine einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine
833 transparente Preisgestaltung für alle Gepäckvarianten ein.

834 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass
835 alle Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

836 Vor Kostenfallen schützen

837 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine
838 erhebliche Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die

839 Kündigung sein. Verbraucher*innen finden oft keine Möglichkeit, online
840 abgeschlossene Verträge zu kündigen, oder haben keine Sicherheit über den
841 Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung. Die Bindung an ungewollte oder
842 nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur Kostenfalle. Bei langfristigen
843 Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen leicht
844 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir
845 sorgen so für ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem
846 Vorbild. Damit wird die europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und
847 sicherer gemacht. Die Beweislast für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei
848 den Unternehmen liegen. Ist diese nicht rechtssicher ausgestaltet, geht das
849 nicht zulasten der Verbraucher*innen: Verträge sollen dann jederzeit, ohne
850 Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir setzen uns für
851 die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben Kund*innen
852 so die Kontrolle über ihre Verträge zurück.